W1-039 Pflichtdienst für Frauen – echte Gleichberechtigung heißt strukturelle Ungleichheiten abbauen

Antragsteller*in: Doris Wagner (KV München)

Änderungsantrag zu W1

Von Zeile 39 bis 44:
~~Die Einführung einer Wehr- oder Dienstpflicht für Frauen könnte die Ungerechtigkeiten und diversen Gender-Gaps verstärken und deshalb der aktiven Durchsetzung der Gleichstellung der Frauen im Weg stehen. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten bei Sorgearbeit, Einkommen und Karrierechancen könnten sich verschärfen und zusätzliche Lohneinbußen, schlechtere Aufstiegschancen und die Rentenlücke nach sich ziehen.~~

Die Einführung einer Wehr- oder Dienstpflicht für Frauen könnte die diversen Gender-Gaps verstärken und zusätzliche Lohneinbußen und Rentenlücken nach sich ziehen.

Begründung

Die Formulierung zu „Gender Gaps“, „Lohneinbußen“ und „schlechteren Aufstiegschancen“ vermischt allgemeine Auswirkungen eines verpflichtenden Dienstes, die alle Geschlechter betreffen würden, mit der spezifischen strukturellen Benachteiligung von Frauen.
Der zentrale Punkt ist jedoch, dass ein Pflichtdienst eine zusätzliche Verpflichtung ist und diese Ungleichheit verstärken würde.